

riellen Anreiz zur Steigerung der Produktion dieser wichtigen Erzeugnisse und orientiert die Genossenschaftsbauern und Landarbeiter auf die Ausarbeitung optimaler Pläne unter Berücksichtigung der Herausbildung von Hauptproduktionszweigen. Gleichzeitig werden aber auch die Genossenschaftsbauern und Landarbeiter an der verlustlosen Einbringung der diesjährigen Ernte, an maximaler Zwischenfruchtbestellung und guter Herbstsaat direkt materiell interessiert, weil sie damit schon über die Steigerung der tierischen Produktion für 1965 entscheiden.

Die ökonomischen Hebel, das Prinzip der materiellen Interessiertheit, wirken also darauf, die Produktion ständig zu steigern. Der enge, unmittelbare Zusammenhang zwischen ihnen und der Zielstellung des ökonomischen Grundgesetzes des Sozialismus ist überaus deutlich sichtbar.

Wie viele andere Genossenschaftsbauern und Landarbeiter, so überprüfen auch die Mitglieder der LPG Wedlitz, Kreis Bernburg, ihren bisherigen Planvorschlag für 1965 mit dem Ziel, alle Reserven zur Steigerung der Produktion zu erschließen und sie ihrem Betriebsplan zugrunde zu legen.

So sehen die Wedlitzer Genossenschaftsbauern jetzt vor, die Milchproduktion, die 1964 4300 dt betragen wird, im Jahre 1965 auf 6100 dt, also um 1800 dt zu erhöhen. Das entspricht einem Zuwachs von 42 Prozent.

Die LPG Wedlitz (793 ha LN mit einer durchschnittlichen Ackerwertzahl von 71 und einem Grünlandanteil von 6,1 Prozent an der LN) hat erst in den letzten Jahren einen starken Aufschwung der Milchwirtschaft zu verzeichnen.

Im Jahre 1963 wurde in der LPG die Leistung je Kuh und Jahr noch mit 2280 kg geplant. Erreicht wurden aber 2491 kg. 1964 wird die durchschnittliche Leistung schon 2750 kg betragen, während sie im Jahre 1965 bereits auf 3334 kg ansteigen soll. Die ha-Leistung an Milch für den Markt wird dadurch statt 542 kg dann 769 kg ausmachen.

Infolge dieses hohen Zuwachses kommt die LPG (sie gehört zum Südbezirk Halle) in die Prämiengruppe von 0,95 MDN/kg Mehrproduktion, d. h. in die höchste Gruppe. Somit wird sie bei Erfüllung dieses Planes und vorausgesetzt, daß bei anderen Produkten kein Rückgang eintritt, eine Mehrproduktionsprämie für Milch von 171 000 MDN erhalten.

Dieser Weg ist richtig

Das ist der beste Weg, um unserer Bevölkerung viel Milch und Butter zu sichern, d. h. beizutragen, daß die ständig wachsenden Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft immer besser befriedigt werden; es ist der Weg, die Milchproduktion in den LPG und VEG rentabel zu gestalten und u. a. dadurch das ökonomische Gesetz der sozialistischen Akkumulation für die sozialistischen Landwirtschaftsbetriebe wirksam auszunutzen; es ist der Weg, der die kontinuierliche Aufwärtsentwicklung der sozialistischen Landwirtschaft als Teil der gesamten Volkswirtschaft garantiert und damit den Erfordernissen des ökonomischen Gesetzes der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft entspricht; der Weg, der

auch den Genossenschaftsbauern hohe Einkünfte, d. h. die Möglichkeit der weiteren Erhöhung ihrer individuellen Konsumtion sichert. Indem dieser Weg beschriftet wird, werden gleichzeitig auch entsprechende Voraussetzungen für die weitere Vervollkommnung des Systems der ökonomischen Hebel und insbesondere für die spätere Schaffung einheitlicher Erzeugerpreise für tierische Produkte geschaffen. Denn die Mehrproduktionsprämien werden mit-helfen, wie es das Beispiel der LPG Wedlitz zeigt, das z. T. noch niedrige Niveau der Produktion bei Milch und Fleisch in mancher Genossenschaft zu überwinden, anders ausgedrückt: besser die ökonomischen Gesetze des Sozialismus auszunutzen.

Über vorhandene Unterschiede...

Es bestehen heute noch erhebliche Unterschiede im Entwicklungsstand der tierischen Produktion in den einzelnen LPG, die eine der Ursachen dafür sind, daß gegenwärtig noch keine einheitlichen Erzeugerpreise für tierische Produkte eingeführt werden konnten.

In LPG mit niedrigem Niveau in der tierischen Produktion sind diese Erzeugnisse noch oft unrentabel, besonders was die Hauptproduktionsrichtung Milchwirtschaft betrifft. Den Erfordernissen der ökonomischen Gesetze des Sozialismus wird damit nicht Rechnung getragen.